



Das Kapital gewinnt die Bundestagswahl

Klimakatastrophe, Wohnungsnot, Gesundheitsnotstand, Kinder- und Altersarmut, die durch den Niedergang der USA drastisch steigende Kriegsgefahr – die Themen lagen vor der Bundestagswahl auf der Hand, aber eine wirkliche Wahl gab es nicht. Jede der brennenden Fragen unserer Zeit erfordert die Konfrontation mit den Interessen der Besitzenden, und diese Konfrontation meiden alle großen Parteien wie der Teufel das Weihwasser. Die Politik ist damit weitgehend handlungsunfähig und erging sich zwangsläufig in bloßer Personalisierung.

Inszenierte "Demokratie"

Eine Kandidatin und zwei Kandidaten nahmen also an der Show „Germany's next Merkel“ teil, sie wurden auf „Kanzlertauglichkeit“ geprüft und mindestens zwei von ihnen – Annalena Baerbock (Grüne) und Armin Laschet (CDU) – für zu leicht befunden. Die Reihe an haarsträubenden Peinlichkeiten, die sich beide leisteten, wirft ein erschreckendes Licht auf den Zustand der Parteien: Wenn man wirklich nur noch

durch Personen überzeugen will, sollte man es wenigstens hinkriegen, diese fachmännisch zu verkaufen – doch selbst dafür reicht es nicht mehr.

SPD machte auf "knallrot"

Aber Spitzenpersonal hin oder her, am Wahltag wird der Wähler dennoch genö-

Abschneiden des Scholz-Wahlvereins SPD (offizieller Slogan: „Wer Scholz will, wählt SPD“). Allerdings sind dies über 15 Prozentpunkte weniger als 1998, als nach den Kohl-Jahren noch eine deutliche Wechselstimmung im Volk spürbar war. 2021 versprach sich niemand mehr

einen Politikwechsel von einem Kreuz für die SPD, von Wechsel- oder gar Aufbruchstimmung kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Hätte Olaf Scholz seine Rolle als designerter Nachfolger Merkels noch deutlicher machen wollen, hätte er sich ihres Satzes „Sie kennen mich“ von 2013 bedienen können, wie dies Anfang des Jahres auch schon Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) tat. Angesichts dieser Ausgangslage setzte die SPD darauf, sich als seriös und beständig zu inszenieren und fuhr eine traditionellknallrote Kampagne – „Sie kennen mich“ eben. Hätte man den verheerenden Sozialabbau unter

Schröder und seinem Generalsekretär Scholz schon vergessen, man hätte denken können, die SPD sei eine Arbeiterpartei.

Fortsetzung Seite 2

Bundestagswahl 2021: Gewinner und Verlierer ...



tigt, einen der halbseidenen Wahlvereine anzukreuzen. Bemerkenswert am Wahlausgang ist das mit 25,7% relativ gute

Anlässlich der Pogromnacht am 9.11.1938:

Der faschistische Antisemitismus führte direkt in den Krieg

„Wer Hindenburg wählt – wählt Hitler, wer Hitler wählt – wählt den Krieg!“ warnte die KPD 1932 vor der Wahl des Reichspräsidenten. Wie recht sie hatte! Der Hitler-Faschismus führte direkt in den Raub- und Vernichtungskrieg mit über 60 Millionen Toten, der über viele Jahre systematisch vorbereitet wurde und im Interesse des deutschen Monopolkapitals lag. Bei der psychologischen Kriegsvorbereitung spielte der faschistische Antisemitismus eine entscheidende Rolle. Bürgerliche Historiker bedienen sich gerne psychologischer Erklärungen oder sehen die Ursachen in der aus Hitlers „krankem

Gehirn entsprungenen“ Nazi-Ideologie. Dabei übersehen sie geflissentlich, dass auch diese Ideologie auf dem Boden des deutschen Imperialismus gewachsen ist. So spielen sie die Verantwortung des deutschen Monopolkapitals herunter und lenken davon ab, dass hinter der antisemitischen Ausgrenzung bis hin zur planmäßigen Massenvernichtung handfeste Monopolinteressen standen: größenwahnsinnige Weltherrschaftspläne, Eroberung riesiger Kolonien in der Sowjetunion (Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“, „Lebensraum im Osten“), Jagd nach immer neuen Rohstoffquellen, Aus-

weitung des eigenen Wirtschaftsraums gegen die imperialistischen Konkurrenten Frankreich, England und USA und dafür die Revision des „Versailler Vertrags“.

Zerschlagung der Arbeiterbewegung

Die ersten Vernichtungsschläge der Nazis richteten sich gegen Kommunistinnen und Kommunisten und Gewerkschaftsführungen mit dem Ziel, die Arbeiterbewegung zu enthaupten und zum Widerstand unfähig zu machen. Es sollte verhindert werden, dass ein Generalstreik - wie 1920 erfolgreich gegen den Kapp-Putsch - und wie ihn die KPD noch am 30.1.1933 forderte, die Nazi-Herrschaft beenden könnte. Dies scheiterte leider an der Haltung der führenden Sozialdemokraten.

Fortsetzung Seite 3

Bei den Rentnern verfiel diese Strategie (+11%), bei Arbeiterinnen und Angestellten eher mäßig (+4%). Einige werden sich wohl noch erinnern haben.

Mitregieren - Nein danke!

Kaum noch als Vertreterin der Interessen der arbeitenden Menschen wahrgenommen wurde die Partei DIE LINKE. Ihr Wahlergebnis ist ein Desaster, nur durch drei Direktmandate konnte der Einzug in den Bundestag trotz Scheitern an der 5%-Hürde geschafft, nur haarscharf der Fraktionsstatus bewahrt werden. Die Partei hat damit die Quittung dafür bekommen, ihren Wahlkampf voll auf eine Regierungsbeteiligung auszulegen – und dann gilt halt: „Wer Scholz will, wählt SPD“. Tragisch ist, dass beispielsweise in Baden-Württemberg mit Heike Hänsel und Tobias Pflüger zwei Abgeordnete den Wiedereinzug verpassten, die in den letzten Jahren ihr Mandat für wichtige friedens-



Karl Liebknecht, Mitbegründer der KPD

politische Initiativen nutzen. Solche Kräfte werden fehlen.

Stärkt die DKP!

Als Deutsche Kommunistische Partei haben wir bundesweit 15.158 Stimmen erhalten, ein Zuwachs von immerhin 3.600

Stimmen. Zwar konnten wir als einzige linke Partei zulegen, zufriedenstellend ist das Ergebnis aber nicht. Unser Parteivorsitzender Patrik Köbele brachte es auf den Punkt: „Die DKP ist zu schwach, um sich den Menschen, die nach Alternativen suchen, als solche zu präsentieren. Trotzdem hat sich unser Wahlkampf gelohnt. Er hat die Partei und ihre Inhalte in hohem Maße nach außen geführt und gestärkt.“ In Stuttgart haben wir 104 Stimmen erhalten. Mit diesen und anderen Menschen, die ihre Stimme für eine konsequent antikapitalistische Kraft nicht nur abgeben, sondern erheben wollen, wollen wir auch außerhalb von Wahlkämpfen ins Gespräch kommen.



Gegen das Skandal-Urteil des Landgerichts Stuttgart gegen Jo und Dy: Solidarität mit allen AntifaschistInnen!

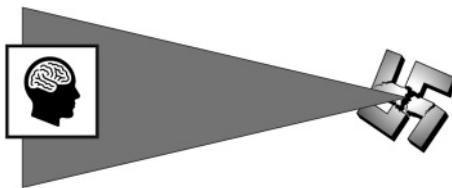
Viereinhalb Jahre bzw. fünfeinhalb Jahre Haft für zwei junge Antifaschisten aufgrund eines reinen Indizienprozesses mit dem Vorwurf der „schweren Körperverletzung“ und des „schweren Landfriedensbruch“ – das ist ein maßloses Urteil – auch wenn die Staatsanwaltschaft noch härtere Strafen gefordert hatte! In Anbetracht der vielen milden Gerichtsurteile der letzten Zeit gegenüber rassistischen und faschistischen Straftätern – oftmals sogar auf Bewährung – lässt sich von nichts anderem als von politischer Justiz sprechen. Mit dem Hauptstoß gegen Antifas und Linke, um jeglichen Widerstand gegen die Rechtsentwicklung zu kriminalisieren, andere abzuschrecken und Bewegungen von unten im Keim zu ersticken.

Auch wenn der zur Verhandlung stehende Vorfall am Rande einer „Querdenker“-Demo beim Cannstatter Wasen als tätliche Auseinandersetzung mit Vertretern der faschistischen Pseudo-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ durch Antifas bei vielen Linken zu einem kritischen Echo führte, und auch bei uns selbst keine große Zustimmung auslöste, - so bleibt dennoch über alle Spektren der Linken hinaus die Notwendigkeit einer uneingeschränkten Solidarität mit allen AntifaschistInnen!

Dies erfordert allerdings auch auf allen Seiten die Bereitschaft für ein gemeinsames solidarisch-kritisches Nachdenken über Form und Inhalt eines wirksamen

Antifaschismus und effektiven Widerstands gegen die aktuelle Rechtsentwicklung in unserem Land!

Dabei ist eine richtige Analyse der gesellschaftlichen Ursachen und treibenden Kräfte hinter dieser Rechtsentwicklung entscheidend. Nach unserer Einschätzung sind es eben nicht in erster Linie die faschistischen Anhänger und Aktivisten, die die Wurzel des Übels sind, sondern die herrschende Klasse selbst, die Spitzen des Monopol- und Finanzkapitals.



Diese wollen im Interesse ihrer immer maßloseren Profitgier und Expansionsstrategien den zu erwartenden Widerstand in der Arbeiterklasse und den Mittelschichten niederhalten und die Gesellschaft in ihrem Interesse formieren! Die zunehmende Aggression nach außen geht einher mit Sozialabbau und Aggression nach innen.

Für dieses strategische Interesse des Monopolkapitals, das die Gesellschaft bis in die letzten Poren durchdringt, werden alle Ressourcen der Massenbeeinflussung, der Medien und des Staatsapparats mobilisiert! So ist es eben kein Wunder, wenn immer wieder neue Fakten über Ver-

strickungen von Geheimdiensten, Militärs, Polizisten und selbst Angehörigen der Justiz zu rechtsradikalen Zusammenhängen bekannt werden. Wenn der Vorsitzende Richter des Landgerichts Jo und Dy „ideologische Verblendung“ vorwarf, so zeigt das, wes Geistes Kind er ist. Die Forderung „Entnazifiziert den Staatsapparat!“ ist mehr als gerechtfertigt.

Vor diesem Hintergrund der herrschenden Interessenlage halten wir die Losung „Antifa bleibt Handarbeit“ für schwierig. Sie richtet den Hauptstoß gegen die einzelnen Anhänger der Nazis unten, anstatt gegen die Drahtzieher oben, gegen das Monopolkapital und seine geistigen Handlanger im Staatsapparat und in den Medien.

Das soll nicht heißen, dass wir als Antifaschisten uns nicht auch notfalls handgreiflich wehren müssen gegenüber Provokationen von Nazis, - dazu haben wir selbstverständlich das Recht. Vorrangig muss es uns aber um die politische und argumentative Gewinnung der Arbeiterklasse und der Bevölkerungsmehrheit gehen!

Wir müssen aus unserer Geschichte lernen und wir brauchen dringend einen solidarisch-kritischen Dialog unter allen Linken über die besten Methoden und Aktionsformen im Kampf gegen Rechts.

Wir von der DKP sind zu diesem Dialog bereit.

So konnte die Degradierung des nicht jüdischen Teils der deutschen Bevölkerung zum Erfüllungsgehilfen der Herrschenden nicht mehr verhindert werden. Die Organisationen und traditionsreichen Strukturen der Arbeiterbewegung wurden systematisch zerstört und durch Nazi-Strukturen von der Hitler-Jugend bis hin zur SA und faschistischen Massenaufmärschen ersetzt. Der Einzelne wurde isoliert und desorientiert der antisemitischen Nazi-Propaganda ausgesetzt.

Die Funktion des Antisemitismus

Dazu musste der Antisemitismus nicht erst erfunden werden, sondern hatte in Europa v.a. im kirchlichen Anti-Judaismus schon eine fast 2000jährige Tradition. Diese antisemitische Grundhaltung nutzten die Nazis für ihre Propaganda. Dabei hatte der Antisemitismus zwei Funktionen:

Erstens bezweckte er die Gleichschaltung der Bevölkerung zur sog. „Volksgemeinschaft“ bis zur Kampfgemeinschaft im Eroberungskrieg. Klassenwidersprüche zwischen Oben und Unten sollten vernebelt und durch einen vermeintlich gemeinsamen Gegner, den „rassischen Todfeind“ im „Lebenskampf des deutschen Volkes“, ersetzt werden.

Zweitens diente er der unmittelbaren Kriegsvorbereitung. Mit jedem antisemitischen Pogrom, wie auch der Pogromnacht am 9.11., sollte die Bevölkerung mehr verroht und zur äußersten Brutalität getrieben werden. So wurde die deutsche Bevölkerung sukzessive an den Raub- und Vernichtungskrieg im Interesse des Monopolkapitals herangeführt. Zusätzlich

diente die Enteignung des jüdischen Vermögens unmittelbar der Kriegsfinanzierung.

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch

Wenn wir auch heute deutlich von einer faschistischen Diktatur entfernt sind, hat sich die Interessenlage des deutschen Monopolkapitals im Wesentlichen nicht geändert. Heute soll eine geschlossene Heimatfront formiert werden. Damit „wir“ „unseren Standort“ Deutschland gegen die internationale Konkurrenz in Stellung bringen, wird die staatliche Repression gegen linke antikapitalistische Kräfte verstärkt, wird die Militarisierung der Europäischen Union unter deutscher Führung auch gegen Russland und die VR China vorangetrieben und die deutsche Fregatte „Bayern“ ins Südchinesische Meer geschickt.

Dem gilt es sich entgegen zu stellen!

„Die Hauptfunktion der antijüdischen Ideologie und Praxis der Vorkriegsjahre bestand ... darin, die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ aggressiv zu formieren und sie sukzessive auf ihre Rolle als Kriegsgemeinschaft vorzubereiten. Für die den Deutschen zugedachte Bestimmung, Instrumente imperialistischer Eroberungspolitik zu sein, sollten sie hassen, verachten, knechten, quälen, foltern, töten und morden lernen ... Judenfeindschaft und -verfolgung drillten vielen Deutschen jene unmenschliche Weise des Denkens und Fühlens ein, die, als sie sich seit 1939 austobte, Millionen Menschen in der Welt vor Entsetzen erstarren ließen.“

Kurt Pätzold: Von der Vertreibung zum Genozid

Impressum



unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: _____

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

_____ Name

_____ Vorname

_____ Straße, Hausnummer

_____ PLZ / Ort

_____ Telefon

_____ E-Mail

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Coupon einsenden oder per Mail schicken:
 info@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28



Ampel-Sondierungsergebnis: Kampfansage an Arbeitende, Erwerbslose, Rentner, Jugendliche. Und an Russland und China.

SPD, Grüne und FDP sind bereit für eine „Fortschrittskoalition“. Die Generallinie findet sich im Sondierungspapier unter der Überschrift „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“. Sie heißt: Stärkung des deutschen Imperialismus.

Für den Kampf um die Vorherrschaft in der EU und um die Konkurrenz mit dem US-Imperialismus, für den Kampf gegen Russland und den „systemischen Gegner“ China werden alle Kräfte auf die Stärkung des deutschen Monopolkapitals gerichtet. Das kostet und braucht ein ruhiges Hinterland.

Für den Umbau der Produktion und Greenwashing brauche es einen „modernen Staat“, „flexible Arbeitszeitmodelle“

und den Abbau „bürokratischer Hürden“. Geld für „Sozialklimabim“ ist nicht vorgesehen. Die Schuldenbremse bleibt, Unternehmenssteuern werden nicht erhöht, eine Vermögensteuer soll es nicht geben. Dem Kapital werden „Superabschreibungen“ bei „Klimaschutz und Digitalisierung“ versprochen. Der Steuerzahler muss zahlen. „Hartz IV“ soll künftig „Bürgergeld“ heißen. Über die Höhe ist nichts zu finden, aber Zwang und Sanktionen werden bleiben. Die Renten sollen zwar nicht sinken, aber die Rentenkassen werden dem Kapital zum Fraß vorgeworfen. Die Deutsche Rentenversicherung soll „ihre Reserven am Kapitalmarkt“ anlegen. Die Abschaffung der EEG-Umlage wird als Senkung

der Stromkosten verkauft, während sie über die CO₂-Steuer massiv steigen. Der Sozialverband VdK warnt, dass in diesem Winter viele Menschen vor der Entscheidung stehen, ob sie hungern oder frieren „wollen“.

Solch ein Regierungskurs braucht die Einbindung der Gewerkschaften. Dafür steht die überfällige Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, die für die Betroffenen wichtig, aber nicht ausreichend ist.

Vieles erinnert an die Verbrechen der Schröder-Fischer-Regierung. Damals gelang es nicht, ausreichend gegen Krieg und „Hartz IV“ zu mobilisieren. Es ist höchste Zeit, jetzt Widerstand zu organisieren – vor allem gewerkschaftlichen.

Gedenken an die Pogrom- nacht 1938

Anschließend um 19.30 Uhr im Verwaltungsgebäude des Bezirksrathauses (Marktplatz 10, Cannstatt):
Abendveranstaltung mit musikalischer Begleitung

„Antisemitismus - Von der Ausgrenzung zum Völkermord“

Lesung mit Ulrich Schneider aus seinem aktuellen Buch.

Anmeldung zur Abendveranstaltung über den Blog:
<https://pogromnachtcannstatt.wordpress.com>

**9. November 2021 ab 18.00 Uhr
auf dem Cannstatter Marktplatz**

**Anschließend Demonstration zum
Platz der ehemaligen Synagoge;
19 Uhr Kranzniederlegung**

König-Karl-Straße 45/47 – Nähe Wilhelmsplatz

Mit Beiträgen von:

- **Ulrich Schneider** (Historiker, Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer)
- Gemeinsamer Redebeitrag
Stuttgarter Jugendorganisationen
- **Julia Friedrich** (Geschäftsführerin DGB Baden-Württemberg)
- **Antifaschistisches Aktionsbündnis Stuttgart und Region (AABS)**
- **Freier Chor Stuttgart** mit antifaschistischen Liedern

Alle Infos auf:
pogromnachtcannstatt.wordpress.com

Bitte haltet euch an die gängigen Coronaschutzmaßnahmen und tragt Maske.